

/// Linksextremistische Proteste

DER G7-GIPFEL IN SCHLOSS ELMAU

UDO BARON /// Von Anfang an bildete sich eine Protestbewegung gegen die alljährlichen Treffen der führenden Wirtschaftsnationen. Maßgeblich darin eingebunden sind auch Linksextremisten. Auch bei der Vorbereitung der Proteste gegen den G7-Gipfel auf Schloss Elmau 2015 gehören sie zu den führenden Protagonisten der Gegenproteste. Das Beispiel der Linksautonomen gegen den G7-Gipfel in Elmau soll den linksextremistischen Protest aufzeigen.

Die Idee der Weltwirtschaftsgipfel

Anfang der 1970er-Jahre veränderte sich die Weltwirtschaft grundlegend. Das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehende System von Bretton Woods, das feste Wechselkurse zwischen den wichtigsten Weltwährungen garantierte, brach 1973 zusammen. Zudem wurde in Folge des Yom-Kippur-Krieges zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten im Herbst 1973 die erste Ölkrise ausgelöst, in deren Verlauf die Länder der Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC) den Ölpreis von 3 Dollar auf zunächst 5 und dann 12 Dollar pro Barrel (159 Liter) innerhalb kürzester Zeit in die Höhe trieben.

Vor dem Hintergrund dieser globalen Krisen entwickelten der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing und der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt die Idee, auf die zunehmenden globalen Wirtschaftsprobleme u. a. mit

einem jährlichen Weltwirtschaftsgipfel zu reagieren, um so zu einem regelmäßigen Gedankenaustausch über die Weltwirtschaftslage mit den führenden Wirtschaftsnationen zu gelangen. Im Rahmen eines Kammingesprächs trafen sich so vom 15. bis 17. November 1975 auf Schloss Rambouillet bei Paris erstmalig die Staats- und Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Großbritannien und den USA in diesem Rahmen. Mit der Aufnahme von Kanada im Jahre 1976 wurde aus der Gruppe der Sechs (G6) die Gruppe der

Der Weltwirtschaftsgipfel entstand in den 1970er-Jahren als REAKTION auf globale Wirtschaftskrisen.



Beim 33. Weltwirtschaftsgipfel Anfang Juni 2007 in Heiligendamm kam es im Vorfeld bei anfänglich friedlich verlaufenden Protestaktionen von Globalisierungsgegnern zu gewaltsamen Ausschreitungen durch Autonome.

Sieben (G7). 1977 stieß der Präsident der Europäischen Kommission hinzu, 1998 wurde mit der Aufnahme Russlands als Vollmitglied aus der G7 die Gruppe der Acht (G8). War Russland bislang noch von den Finanz- und Währungsberatungen ausgeschlossen, so ruht seine Mitgliedschaft in der G8 seit der Annexion der Krim-Halbinsel im Frühjahr 2014.

Neben globalen wirtschafts-, entwicklungs- und währungspolitischen Fragen werden auch ökonomisch relevante Sonderthemen der globalen Politik wie der internationale Terrorismus oder die organisierte Kriminalität besprochen. Die G7 bzw. G8 verstehen sich als ein internationales Netzwerk ohne in-

haltliche und substanzielle Vorschriften. So kann während der informellen jährlichen Treffen ungezwungen über globale Themen gesprochen werden.¹

Weltwirtschaftsgipfel und Gegenproteste

Von Anfang an stießen die Weltwirtschaftsgipfel aber nicht nur auf Zustimmung. Vor allem aufgrund ihrer exklusiven Zusammensetzung aus den hochentwickelten Ländern der Erde und der Intransparenz ihrer Entscheidungsfindung unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente stehen sie im Zentrum der Kritik einer sich in den letzten beiden Dekaden formierenden Anti-Globalisierungsbewegung, bei der

auch immer wieder Linksextremisten mitwirken. Inhaltlich wehren sich die Globalisierungsgegner gegen eine ihrer Meinung nach vom Neoliberalismus – verstanden als Synonym für Kapitalismus – und Imperialismus dominierten Welt. Begleitet werden ihre Proteste auch von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linksautonomen Gruppierungen und der Polizei. Zu den traurigen Höhepunkten dieser Konflikte gehört sicherlich der Tod des italienischen Demonstranten Carlo Giuliani, der während der Proteste gegen den G8-Gipfel 2001 in Genua beim Angriff auf ein Polizeifahrzeug erschossen wurde.

Unter deutschem Vorsitz fand zuletzt vom 6. bis zum 8. Juni 2007 im Grand Hotel Kempinski des mecklenburgischen Seebades Heiligendamm der 33. Weltwirtschaftsgipfel statt. Gegen diesen Gipfel mobilisierte sich ein breites globalisierungskritisches Bündnis.

Im Vorfeld des letzten Gipfeltreffens unter deutschem Vorsitz 2007 kam es in Rostock zu schweren AUSSCHREITUNGEN.

Bereits im Vorfeld kam es im Rahmen einer Aktionswoche gegen den G8-Gipfel zu zahlreichen Protestaktionen. Erster Höhepunkt war eine internationale Großdemonstration am 2. Juni 2007 in Rostock unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“, an der sich nach Angaben der Polizei etwa 30.000 Personen, nach Angaben des Veranstalters bis zu

80.000 Menschen beteiligt haben sollen. Im Verlauf der zunächst friedlich verlaufenen Demonstration bildeten etwa 2.000 schwarz gekleidete Autonome einen sogenannten antiimperialistischen Schwarzen Block, aus dem heraus Steine gegen ein Sparkassengebäude und ein am Wegesrand gelegenes Hotel geworfen wurden. Im Rostocker Stadthafen eskalierte dann die Situation. Parkende Fahrzeuge wurden umgestürzt und teilweise in Brand gesetzt, Polizisten mit Pflastersteinen und Molotowcocktails attackiert. Mehr als 400 Polizisten wurden zum Teil schwer verletzt, mehr als 100 Randalierer festgenommen. Erst gegen 20.00 Uhr beruhigte sich die Lage wieder.

Wie schon bei den Weltwirtschaftsgipfeln davor und danach versuchten am Tag des Gipfelbeginns Demonstranten, trotz eines Versammlungsverbotes um das Tagungsgelände, erfolglos mit Hilfe der Fünf-Finger-Taktik² auf bzw. in die Nähe des Gipfelgeländes zu gelangen und die Zufahrtswege zu blockieren. Organisiert wurden die Gegenproteste von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, dem globalisierungskritische Bewegungen von Attac bis hin zu „Gerechtigkeit jetzt!“, einem Aktionsbündnis von 42 Nichtregierungs-Organisationen aus den Bereichen Kirche, Entwicklung, Umwelt und Arbeitnehmer, angehörten. Neben diesen nichtextremistischen Organisationen beteiligten sich aber auch linksextremistische Gruppierungen an den Protesten, allen voran das Bündnis Interventionistische Linke (IL) und in ihr organisierte Gruppierungen wie Avanti-Projekt undogmatische Linke oder die Antifaschistische Linke Berlin (ALB). Die IL organisierte u. a. unter dem Motto „Make capitalism history“ den sogenannten Schwarzen

Block auf der Großdemonstration von Rostock und zeichnete im Rahmen der Kampagne „Block G8“ auch für die Blockadeaktionen gegen den Gipfel verantwortlich. Ihnen kommt es dabei immer auch auf die Vermittelbarkeit ihres Handelns an. Entsprechende Treffen der „Repräsentanten des kapitalistischen Systems“ dienen daher auch der besseren Vermittelbarkeit ihres (gewaltsamen) Protestes in der Öffentlichkeit und somit einer temporären, anlassbezogenen Zusammenarbeit auch mit nichtextremistischen Organisationen.

Der G7-Gipfel von Elmau

Am 7. und 8. Juni 2015 (zunächst war der 4. und 5. Juni 2015 geplant) findet zum sechsten Mal ein Weltwirtschaftsgipfel in Deutschland statt, diesmal im bayerischen Schloss Elmau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Seit dieses Ereignis bekannt geworden ist, wird vor allem auf diversen Websites dagegen mobilisiert. Mittlerweile hat sich ein breites Protest-Bündnis unter der Bezeichnung „Stop G7“ formiert, das auf seiner 2. bundesweiten Aktionskonferenz in München am 20. September 2014 seine Arbeit aufgenommen hat. Die G7-Staaten stehen symbolisch für ihre Gegner für eine „neoliberale Wirtschaftspolitik, für Militarisierung und Kriege, Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur, für Hunger und für Abschottung gegenüber Flüchtenden“. Auf ihrer 3. Aktionskonferenz am 13./14. Dezember 2014 in München beschloss sie ein aus unterschiedlichen Elementen zusammengesetztes Protestszenario. So soll ein sogenannter Alternativgipfel vom 3. bis zum 4. Juni 2015 in München stattfinden, auf dem die Politik der G7 kritisiert und Alternativen aufgezeigt werden sollen. Auf diesen Ge-

Linksextremisten sind in die Organisation des Widerstandes gegen den G7-Gipfel in Elmau INVOLVIERT.

gengipfel soll dann am 6. Juni eine Großdemonstration in Garmisch-Partenkirchen erfolgen. Parallel dazu sollen vom 4. bis zum 8. Juni Veranstaltungen, Aktionen und Camps nahe am Tagungsort Elmau, in Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald stattfinden. Mit ihren Protesten stellen sich die Gegner des G7-Gipfels bewusst „an die Seite der Blockupy-Bewegung, der Anti-Kriegs-Bewegung, der antirassistischen Bewegung, der Kämpfe für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Proteste gegen Umweltzerstörung“³.

Dem „Stop G7“-Bündnis gehören neben Attac, den Grünen Garmisch-Partenkirchen und der verdi-Jugend auch linksextremistische Parteien und Organisationen wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), ihre Jugendorganisation Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), der Landesverband Bayern der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) sowie wie schon bei den Protesten gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm linksautonome Gruppierungen und Zusammenschlüsse an, allen voran das [3A]* Revolutionäres Bündnis⁴ und die IL. Neben dem parlamentsorientierten Linksextremismus, wie ihn die DKP verkörpert, sind es insbesondere auch linksautonome Gruppierungen, die hinter den Protesten gegen die Weltwirtschaftsgipfel stehen und versuchen, den demokratischen Protest für ihre systemüberwindenden Ziele zu instrumentalisieren. Da es ihnen immer auch um die Vermittelbarkeit ihres Handelns geht, sind die Proteste gegen die Weltwirtschaftsgipfel

für Linksautonome besonders attraktiv – können sie doch so darauf hoffen, mit ihren (gewaltsamen) Aktionen auch auf Akzeptanz in nichtextremistischen Kreisen zu stoßen und mit diesen temporäre Bündnisse zu schließen.

Wer aber sind diese Linksautonomen? Was sind ihre Ziele? Welche Entwicklungen durchlaufen sie? Wie sieht ihr Gewaltbegriff aus? Und welche Gefahr geht von ihnen für den G7-Gipfel in Elmau aus?

Genealogie der autonomen Bewegung

Autonome Bewegungen sind kein grundsätzlich neues gesellschaftliches Phänomen. Ihre Wurzeln gehen auf die zerfallende Protestbewegung Ende der 1960er-Jahre zurück.⁵ Aus dieser Zeit stammt auch ihre Selbstbezeichnung. Sie steht für Eigenständigkeit und bezieht sich historisch auf die Erfahrungen der militanten italienischen Arbeiter- und Studentenbewegung „Autonomia Operaia“ der 1960er-Jahre. Diese militante „Arbeiterautonomie“ propagierte den Kampf gegen die Fabrikarbeit und wandte sich gezielt gegen die etablierten Gewerkschaften und die Kommunistische Partei Italiens, denen sie Anpassung, Bevormundung und Verbürgerlichung vorwarf. Lang andauernde Bestreikungen, v. a. von Automobilfabriken bis hin zur Entführung von Managern, gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei und Sabotageakte in Fabriken prägten ihre Aktivitäten. In Anlehnung an die „Autonomia Operaia“ bildeten sich ab Mitte der 1970er-Jahre auch in der Bundesrepublik aus der Sponti-Szene, den militanten Teilen der Anti-AKW-Bewegung und der Hausbesetzerszene heraus autonome Gruppierungen.⁶

Das autonome Selbstverständnis

Der „klassische“ Linksautonome verfügt über keine einheitliche Weltanschauung. Er orientiert sich an anarchistischen und kommunistischen Ideologieelementen und wendet sich gegen jegliche Form von Herrschaft, Organisation und Hierarchie. Im Gegensatz zu den auf das Kollektiv orientierten orthodoxen Marxisten-Leninisten ist er ein Individualist. Theoriedebatten spielen für ihn nur eine untergeordnete Rolle. Das kapitalistische Wirtschaftssystem lehnt er ebenso ab wie den Staat, seine Institutionen und Repräsentanten. Das bestehende System will er nicht reformieren, sondern auf revolutionärem Wege durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ ersetzen.⁷

Sein politisches Selbstverständnis zeichnet sich durch eine radikale Verneinung des Bestehenden aus und ist in erster Linie von Anti-Einstellungen geprägt. Er versteht sich v. a. als antifa-

Die WURZELN der Linksautonomen liegen in der militanten italienischen „Arbeiterautonomie“-Bewegung der 1960er-Jahre.

schistisch, antikapitalistisch, antirassistisch, antimilitaristisch und antirepressiv. Der Kampf gegen (vermeintliche) staatliche Repression, gegen einen seiner Meinung nach staatlich verordneten Militarismus, gegen Rassismus, die Umgestaltung von Wohnvierteln sowie eine „neoliberale Globalisierung“ und damit verbunden gegen die Treffen der G7/G8-Staaten gehören zu seinen bevorzugten Themenfeldern. Damit greift er Bereiche auf, bei denen er sich im Einklang mit der Mehrheitsgesellschaft wähnen und

bis weit ins bürgerliche Lager auf Verständnis auch für militante Aktionen setzen kann.⁸ Das gibt ihm die Möglichkeit, sich in „soziale Bewegungen und Selbstorganisationsprozesse der Bevölkerung ein[z]u bringen [...], um sie zu radikalisieren und damit die Risse und Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Totalität zu vertiefen – bis zum offenen Klassenkampf“⁹.

Postautonome

In den letzten Jahren ist ein Wandel des Selbstverständnisses von Teilen der linksautonomen Szene zu erkennen. Als Reaktion auf zunehmende interne Kritik an der linksautonomen Bewegung haben einige von ihnen begonnen, der Ideologie- und Organisationsfrage mehr Raum zu geben. Diesen sich als „postautonom“ verstehenden Gruppierungen kommt es darauf an, sich entgegen dem eigentlichen linksautonomen Selbstverständnis zu organisieren, zu vernetzen und der Frage der Ideologie einen größeren Stellenwert einzuräumen. Auf der Basis einer undogmatischen marxistisch-leninistischen Ideologie verfolgen sie in einer Strategie der kleinen Schritte eine breit gefächerte Bündnispolitik. Sie öffnen sich bewusst gegenüber bislang unpolitischen Bevölkerungsschichten, um so in einem langfristigen Prozess die vorherrschenden Verhältnisse zu überwinden. Die zugrunde liegende Intention ist die Einbeziehung und mittelfristige Radikalisierung möglichst vieler Personen über die gezielte Zuspitzung aktueller und realpolitischer (Krisen-)Themen.

Im Zuge dieser Entwicklung sind verschiedene, sich selbst als postautonom verstehende Zusammenschlüsse wie die „Perspektive Kommunismus“, das „...ums Ganze! Kommunistisches

Bündnis“ oder die Gruppierung „[3A]* Revolutionäres Bündnis“ entstanden, die auch alle gegen den G7-Gipfel in Elmau mobilisieren. Eine bedeutende Stellung in der linksextremistischen Auseinandersetzung mit den Weltwirtschaftsgipfeln nimmt vor allem die IL ein. Gegründet zum Jahreswechsel 2005 versteht sie sich als ein Bündnis verschiedener Gruppierungen, v. a. des linksautonomen Spektrums. Die IL betrachtet sich als organisierter „undogmatischer Zusammenschluss von Einzelpersonen und Gruppen aus der undogmatischen und post-autonomen Linken“, die in gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen intervenieren möchte. Ihr Ziel ist „eine radikale Linke, die [sich] auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates und allen Formen von Unterdrückung, Entrechtung und Diskriminierung orientiert“.¹⁰ Diese Bündnisse versuchen, auch gegen teilweise heftige Widerstände aus dem linksautonomen Spektrum, dieses stärker zu vernetzen, besser zu organisieren und zu re-ideologisieren, um so die Schlagkraft der autonomen Bewegung zu erhöhen. Langfristig streben sie mit diesem Ansatz eine strukturierte bundesweite und über die linksextremistische Klientel hinausgehende Mobilisierung zu einschlägigen Kampagnen an

Linksautonome ORIENTIEREN sich an anarchistischen und kommunistischen Ideologieelementen.

wie z. B. die Blockaden von überregionalen rechtsextremistischen Aufmärschen oder die Blockupy-Proteste gegen Kapitalismus und autoritäres Krisenmanagement in Frankfurt am Main.

Autonome Militanz

Linksautonome bzw. Postautonome kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Auch wenn nicht jeder von ihnen selber Gewalt ausübt, so befürworten sie in der Regel dennoch ihren Einsatz. Als Militanter gilt daher nicht nur der aktiv Handelnde, sondern auch derjenige, der Gewalt in Kauf nimmt bzw. mit gewaltsamen Aktionen sympathisiert. Die linksautonome Gewaltbereitschaft basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und die ihn nach linksautonomer Auffassung stützenden

Selbstverständnisses. So heißt es in einem ihrer Statements: „Die Anwendung von Gewalt / revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar. Wir werden uns nicht an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten. Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen- und beherrschbar. [...] Also – eine Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben – nicht heute und auch nicht in Zukunft!!!!“¹²

Über den Einsatz von Gewalt erlebte die linksautonome Bewegung auch ihre mediale Geburtsstunde. Am 6. Mai 1980 blockierten mehr als 10.000 Linksautonome das Bremer Weserstadion, in dem zu diesem Zeitpunkt der damalige Bundespräsident Karl Carstens eine öffentliche Rekrutenvereidigung vornahm. Zahlreiche Bundeswehrfahrzeuge gingen in Flammen auf, ganze Straßenzüge wurden verwüstet.

Mitte der 1980er-Jahre entwickelten sich zunehmend militante Kerne aus den linksautonomen Gruppierungen und begannen, sich zu spezialisieren. Es kam zur Annäherung zwischen den gewaltbereiten Linksautonomen und den terroristischen Revolutionären Zellen (RZ) bzw. ihrem radikalfeministischen Flügel, der Roten Zora. Gemeinsam versuchten sie, das linksautonome Spektrum durch eine „Propaganda der Tat“, d. h. mittels militanter Interventionen, zu radikalisieren. RZ und Rote Zora lieferten den Linksautonomen konkrete Handlungsanleitungen für ihre Taten und wurden „so was wie ein Lehrer der militanten Autonomen in Sachen Technik des militanten Angriffs“ und somit wegweisend für die gewaltbereite linksautonome Szene.¹³

POSTAUTONOME wollen die linksautonome Bewegung organisieren und vernetzen, um ihre Schlagkraft zu erhöhen.

Rechtsextremisten zählen.¹¹ Um diese zu bekämpfen, halten sie alle Widerstandsformen bis hin zum Einsatz von Gewalt für legitim. Politisch motivierte Gewalt dient ihnen als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um die herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der Staat als Garant der bisherigen Ordnung radikal beseitigt werden. Gewalt gehört somit zu den tragenden Säulen linksautonomen

Um die von Linksautonomen ausgehende Gewalt richtig einordnen zu können, muss man sich ihren Gewaltbegriff vergegenwärtigen. In Anlehnung an den

Linksautonome kennzeichnet ein hohes Maß an **GEWALTBEREITSCHAFT**.

Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse und den norwegischen Friedensforscher Johann Galtung liegt die Ursache für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Diese üben keine physische, sondern eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werte, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ auf ihre Bürger aus. Diese ist systemimmanent, drückt sich durch Ungleichheit unterschwellig aus und hindert den Einzelnen daran, sich seinen Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei zu entfalten.¹⁴ Da diese „Diktatur der Gewalt“ den kapitalistischen Systemen inhärent ist, leiten nicht nur Linksautonome, sondern Linksextremisten im Allgemeinen daraus unter Berufung auf Marcuse ein Naturrecht von „unterdrückten“ Minderheiten auf Widerstand ab. Marcuse prägte dafür das Prinzip „Gegengewalt“.¹⁵ Es versteht sich ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems“ und somit als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.

Von diesem Gedanken ausgehend wird schon seit Jahren in der linksextremistischen Szene eine Debatte über die Anwendung und Organisation von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Interessen geführt. In dieser „Milanz-

debatte“ geht es nicht um ein generelles Ja oder Nein zur Gewalt an sich, sondern vielmehr um die Frage, ob Gewalt auch gegen Menschen und nicht allein gegen Sachen ausgeübt werden soll. Dem linksautonomen Verständnis nach muss ihr Handeln und somit der Einsatz von Gewalt politisch auch für diejenigen vermittelbar sein, die man befreien will. Da gezielte Gewalt gegen Menschen kaum vermittelbar ist, wird sie zwar mehrheitlich abgelehnt, ausgenommen davon sind aber Polizisten und Rechts-extremisten. Sie gelten als das personifizierte Feindbild eines jeden Linksautonomen, ihnen werden Menschenwürde und Grundrechte pauschal abgesprochen, Gewalt gegen sie gilt als legitim und vermittelbar.¹⁶

Ausblick auf den G7-Gipfel in Elmau und die zu erwartenden Gegenproteste

Wie schon bei den Weltwirtschaftsgipfeln zuvor wird auch der G7-Gipfel von Elmau von einer breitgefächerten, aus Nichtextremisten, aber auch aus Linksextremisten bestehenden Protestbewegung begleitet werden. Mehr als ein Jahr vor diesem Großereignis hat bereits die Mobilisierung begonnen. Auch dieses Mal ist es das erklärte Ziel der G7-Gegner, ihren Protest bis auf das Gipfelgelände zu tragen. Wie schon beim G8-Gipfel in Heiligendamm wird aber auch 2015 nicht der Gipfelort zum Zentrum des Gegenprotestes werden, sondern die nächstgelegene größere Stadt. War das 2007 Rostock, so wird es 2015 die bayerische Landeshauptstadt München sein. Dort wird sich der Protest konzentrieren, dort können auch gewaltsame Auseinandersetzungen nicht ausgeschlossen werden. Dennoch muss damit gerechnet werden, dass wie in Heiligen-

damm v. a. Linksautonome bzw. Postautonome versuchen werden, die Zufahrtswege nach Schloss Elmau zu blockieren und mit Hilfe der Fünf-Finger-Taktik die Polizeiketten zu durchflie-

Es wird auch 2015 in Elmau links-extremistischen Protest geben, aber die Szene hat an öffentlichem INTERESSE verloren.

ßen, um so zumindest in die Reichweite des Tagungsortes zu gelangen. Auch dieses Mal werden sie dieses Ziel nicht erreichen. Schon seit Jahren finden die Weltwirtschaftsgipfel an zwar idyllischen, aber weit abgelegenen Orten statt. Dadurch lassen sich die Zufahrtswege für die Sicherheitsbehörden besser kontrollieren und ein Eindringen der Gipfelgegner effizient verhindern. Das wissen auch die Gipfelgegner. Ihnen kommt es daher mit ihren Aktionen eher auf Symbolik denn auf die konkrete Verhinderung des Gipfels an. Wie schon bei anderen Großereignissen, etwa den über viele Jahre nahezu alljährlich ins atomare Zwischenlager Gorleben im niedersächsischen Wendland rollenden Castor-Transporten mit hochradioaktiven Brennstäben, wollen sie mit ihren Protestaktionen auch die Kosten für den Staat für entsprechende Großereignisse in die Höhe treiben, um diese auf diesem Wege einerseits ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz zu berauben und um sie andererseits zumindest auf lange Sicht allein aus Kostengründen un-

durchführbar zu machen. Ferner muss auch diesmal wieder mit die Proteste begleitenden, militanten Aktionen gerechnet werden, insbesondere mit Anschlägen auf Gebäude, Kraftfahrzeuge und die Infrastruktur in Allgemeinen.

Wie schon 2007, so versuchen auch 2015 Linksextremisten, allen voran die IL und das [3A]* Revolutionäres Bündnis, die Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Elmau zu organisieren. Insbesondere die IL wird versuchen, damit an die Erfolge von Heiligendamm anzuknüpfen, um sich auch gegenüber den demokratischen Protestorganisationen als unentbehrlicher Bündnispartner zu erweisen. Dabei steht gerade für diese Bündnisse viel auf dem Spiel. Unübersehbar hat die autonome Szene in den letzten Jahren an Attraktivität und öffentlichem Interesse verloren. Ein Mitte April 2014 auf Initiative der IL in Berlin durchgeführter autonomer Kongress, der unter der Überschrift „Antifa in der Krise“ einer Neuorientierung der linksautonomen Szene dienen sollte, scheiterte kläglich. Im Zuge dessen haben sich vor allem im Berliner Raum führende autonome Gruppierungen wie die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) wegen der fehlenden Perspektive für die linksautonome Szene aufgelöst oder sie befinden sich wie die Antifaschistische Revolutionäre Aktion (ARAB) in Auflösung. Die linksextremistische Szene im Allgemeinen und die linksautonome bzw. postautonome Szene im Besonderen brauchen deshalb dringend eine Neuorientierung und Erfolgserlebnisse, um die zentrifugalen Kräfte in den eigenen Reihen zu stoppen.

Betrachtet man die Weltwirtschaftsgipfel seit Heiligendamm, so stellt man fest, dass die Gegenproteste von Jahr zu Jahr an Zulauf und öffentlichem Interes-

se verloren haben. Auch wenn insbesondere die linksautonome Szene an die Erfolge der Proteste gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm anknüpfen möchte, so spricht zum gegenwärtigen Zeitpunkt dennoch eher wenig dafür, dass es 2015 zu vergleichbaren Massenprotesten gegen den G7-Gipfel in Elmau kommt. ///



/// DR. UDO BARON

ist Referent im Niedersächsischen
Ministerium für Inneres und Sport,
Bereich Linksextremismus, Hannover.

Anmerkungen

¹ Bundeszentrale für politische Bildung: Weltwirtschaftsgipfel, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21189/weltwirtschaftsgipfel>, Stand: 20.10.2014.

² Die Fünf-Finger-Taktik beschreibt eine Vorgehensweise größerer Menschengruppen zum Umgehen von Polizeiabsperrungen. Bei der Fünf-Finger-Taktik setzt sich der zunächst geschlossene Demonstrationszug aus mehreren Blöcken zusammen, deren Teilnehmer sich einer bestimmten Farbe oder Symbolik zuordnen. Bei dem Zusammentreffen mit einer Polizeiabsperrung teilt sich der Zug in eine erforderliche Anzahl an Blöcken in verschiedene Richtungen auf, um die Absperrung umfließen und sich dahinter wieder sammeln zu können. Der Name Fünf-Finger-Taktik entstand, da es sich meist um fünf Blöcke handelt, die sich in verschiedene Richtungen auffächern wie fünf spreizende Finger. Die einzelnen Blöcke bestehen wiederum aus sogenannten Bezugsgruppen, was ein weiteres systematisches Zerstreuen in einzelne Gruppen ermöglicht. Umgesetzt wurde dieses Prinzip bisher vor allem in schwer absperr- und kontrollierbaren Flur- und Waldgebieten.

³ Alle Zitate stammen aus dem Aufruf „Proteste gegen G7-Gipfel geplant – sw unterstützt ‚Gegengipfel‘“, <http://www.isw-muenchen.de/download/elmau-g7-01-201409.html>

⁴ 3 [A] steht für antifaschistisch, antimilitaristisch und antikapitalistisch.

⁵ Vgl. Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, Berlin / Amsterdam 1995; Moroni, Primo / Balestrini, Nanni: Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien, Berlin 1994.

⁶ Vgl. Baron, Udo: Das Selbstverständnis von Links- und Rechtsautonomen – Ein Vergleich zweier subkultureller Erscheinungsformen, in: Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektive, hrsg. von Gerhard Hirscher und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 435-452. Einer der führenden Protagonisten der Arbeiterautonomie, Antonio Negri, gehört heute zu den führenden intellektuellen Führern der Anti-Globalisierungsbewegung.

⁷ Baron, Udo: Pippi Langstrumpf oder: Was ist ein Autonomer?, in: Deutschland Archiv 1/2012, S. 60-68.

⁸ Vgl. Bergsdorf, Harald / van Hüllen, Rudolf: Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn 2011, S. 64.

⁹ Grundsätze der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin (ARAB), <http://arab.blogspot.de/grundsätze/>, Stand: 7.2.2011.

¹⁰ Die Interventionistische Linke – Wir über uns, <http://www.interventionistische-linke.org/interventionistische-linke/die-interventionistische-linke-wir-ueber-uns>, Stand: 11.11.2014.

¹¹ AG Grauwacke: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin / Hamburg / Göttingen, 3. Aufl., 2003, S. 142 ff.

¹² „Legal, Illegal, Scheißegal!!! Aber lieber wie ein Fisch im Wasser als einsam und vertrocknet am Flußrand“, in: Interim, August 1995, S. 12 (Herborhebung im Original).

¹³ AG Grauwacke, Autonome in Bewegung, S. 136.

¹⁴ Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1982.

¹⁵ Marcuse, Herbert: Repressive Toleranz, in: Kritik der reinen Toleranz, hrsg. von Robert Paul Wolff, Barrington Moore und Herbert Marcuse, Frankfurt 1966, S.127.

¹⁶ Vgl. die Militanzdebatte in den einschlägigen Internetforen der linken Szene wie indymedia, <http://de.indymedia.org/>